

Kultur ist kein Luxus!

Kulturpolitik als Element der Standortpolitik: Eine leistungsstarke Wirtschaft braucht ein vielfältiges Kulturleben – und umgekehrt

VON ANDRÉ BAULER*

Kultur geht uns alle an. Kultur darf nicht einer Elite vorbehalten sein. Deshalb muss die Kulturpolitik alle gesellschaftlichen Schichten ansprechen. Sie darf die Kultur eines Landes nicht bestimmen oder beeinflussen. Sie muss ihr aber Mittel zur Verfügung stellen, damit sich das kulturelle Leben frei entfalten kann.

Die Kultur ist ein Integrationsfaktor. Sie führt Menschen zusammen, ob als passive Konsumenten oder als aktive Gestalter. 1995 und 2007 war Luxemburg europäische Kulturmetropole. Luxemburg wurde als kulturelles Zentrum vermarktet, in der Großregion und in Europa. Diese Events belebten die einheimische Kreativwirtschaft ungenügend. 2007 besuchten über 750 000 Touristen unser Land, darunter 36 Prozent Erstbesucher¹.

Kulturelle Identität als Standortvorteil

Das Kulturjahr 1995 versetzte unserer einheimischen Kunstszene einen deutlichen Schub. Das kulturelle Angebot wurde vielschichtiger. Neue Infrastrukturen wurden im Laufe der nachfolgenden Jahre geschaffen, sowohl in der Hauptstadt als auch auf regionaler Ebene. Allmählich reifte hierzulande die Erkenntnis, dass Kultur nicht irgendein Luxus ist, den man sich nebenbei leistet, wenn man viel Geld verdient. Kulturpolitik wurde endlich als Teil unserer Gesellschafts- und Integrationspolitik begriffen. Kultur wurde, wenn auch mit etwas Verspätung, zu einem wichtigen Standortfaktor.

Kulturpolitik als Element unserer Standortpolitik? Ich verstehe, dass etliche Kulturschaffende davor zurückschrecken. Doch keine Angst. Es geht keineswegs darum, die Kultur für wirtschaftliche Zwecke zu instrumentalisieren. Es geht vielmehr um die positiven Wechselwirkungen zwischen Kultur und Wirtschaft. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass beide Bereiche aufeinander angewiesen sind.

Unser Land, seine Gesellschaft und seine Wirtschaft bedürfen des Schaffens und Wirkens der Künstler. Sie sind ein Teil der Identität Luxemburgs. Sie sind Botschafter des Großherzogtums in der europäischen Union und darüber hinaus. Künstler brauchen aber auch Mäzene. Die Renaissance hat uns dies bereits vor mehr als 500 Jahren verdeutlicht. Ohne gedeihende Wirtschaft ist ein blühendes Kulturleben nur schwer vorstellbar. Luxemburgs Wirtschaft florierte zwischen 1985 und 2005 auf beachtliche Weise. Diese außergewöhnliche Wachstumsphase erlaubte uns, kulturelle Großprojekte zu finanzieren.

Vor einigen Monaten hat uns Luxleaks vor Augen geführt, wie verletzlich unser nationales Wirtschaftssystem ist. Dessen Erfolg beruht nicht zuletzt auf der Nutzung nationaler Souveränitätsnischen. Unser materieller Wohlstand und unser Sozialstaat wären ohne diese Politik kaum denkbar gewesen. Doch einer auf Hoheitsnischen basierenden Politik fehlt es, langfristig gesehen, an Nachhaltigkeit.

Die Affäre um die Tax Rulings bekräftigte vor einigen Wochen unser Image als Steuerparadies in der inter-



Kulturhauptstadt als Magnet: 2007 besuchten 750 000 Touristen Luxemburg, 36 % davon zum ersten Mal. (FOTO: G. JALLAY)

nationalen Medienwelt. Luxemburg wird immer noch als Finanzzentrum mit zweifelhaftem Ruf dargestellt. Dabei wird bewusst unterschlagen, dass unser Land ein facettenreicher Staat mitten in Westeuropa ist. Wir sind sehr wohl ein internationales Dienstleistungszentrum. Unsere Wirtschaft hat jedoch mehr zu bieten, etwa beachtenswerte Industriebetriebe mit globaler Tätigkeit und exzellentem Ruf. Auch im Mediensektor schlägt sich unser Land mit seinen mittlerweile weltweit agierenden Firmen vortrefflich.

Zukünftig können wir unseren Standort aber nicht nur aus rein wirtschaftlicher Perspektive vermarkten. Wir müssen Emotionen wecken – auch auf unseren Wirtschaftsmissionen im

sehen, 16 öffentliche Bibliotheken und mehr als 30 kulturelle Begegnungsorten (Musikschulen, Konzertsäle, Theater ...). Wir beherrschen internationale Schulen, die Jugendliche aus aller Herren Länder unterrichten. Luxemburg ist also ein Wirtschaftsstandort mit besonderem Flair, mit einem vielfältigen Kulturleben und modernen Infrastrukturen auf engstem Raum.²

Zusammenarbeit zwischen Schule und Kultur verstärken

Reden wir über Kulturpolitik, so kommen wir kaum am Thema „Demokratisierung der Kultur“ vorbei. Der Schule fällt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Soll diese ihrer Funktion als sozialer

Lift gerecht werden, muss sie die Kinder als zukünftige Bürger der Gesellschaft an Kunst und Kultur heranzuführen.

Die neue Ausrichtung unserer Standortpolitik kann nicht ohne die Einbindung unserer kulturellen Trümpfe und Akteure geschehen³.

Die neue Ausrichtung unserer Standortpolitik kann nicht ohne die Einbindung unserer kulturellen Trümpfe und Akteure geschehen³.

Ausland. Wir müssen zeigen, dass wir über eine spezifische Kulturlandschaft und eine eigene kulturelle Identität verfügen.

Wir brauchen also eine kohärente Imagestrategie. Luxemburg ist eine europäische Stadt, ein kosmopolitisches Zentrum, das sich durch Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt auszeichnet. Wir verfügen auch über Reste einer alten Festungsstadt, die zum Weltkulturerbe der Unesco gehören. Auf kleinstem Territorium zählt Luxemburg heute mehr als 60 Mü-

ren. Konkret heißt dies, dass sie kreative Talente fördert und ihre Schaffenskraft anregt. Noch konkreter bedeutet es, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen und kulturellen Institutionen verstärkt wird. Besonders Kinder aus bildungsfernen Milieus müssen sehr früh mit Kunst im weitesten Sinne des Wortes in Berührung kommen – alleine schon aus Gründen der Chancengerechtigkeit und der sozialen Integration⁴.

Kunst gehört zur Grundausbildung eines jeden Menschen und deshalb ist

sie von wesentlicher Bedeutung. Sicher, die Schule kann nicht alles leisten, aber es sollte genügend Spielraum bleiben für kulturelle Aktivitäten und kreatives Schaffen. Dazu gehört sicherlich auch der regelmäßige Kontakt mit Kulturschaffenden und kulturellen Zentren. Denken wir, um nur ein Beispiel zu nennen, an das Projekt „ID“, im Rahmen dessen Schüler des „Régime préparatoire“ mit professionellen Kulturschaffenden eine multidisziplinäre Bühnenaufführung (Theater, Gesang, Musik, Tanz, Kostümierung, ...) verwirklichen. 2014 gewann die letzte künstlerische Produktion, „La poupée bleue“, beim deutschen Wettbewerb „Kinder zum Olymp“ den ersten Preis in ihrer Kategorie.

Die Demokratisierung der Kultur verlangt aber auch danach, die Kooperation zwischen den Schulen und kulturellen Einrichtungen zu intensivieren. Dies müsste in den neuen Abkommen zwischen Staat und privaten Kulturträgern berücksichtigt werden. Dass dies nicht ohne zusätzliche finanzielle Mittel geht, versteht sich von selbst. Hier müssen Bildungs- und Kulturministerien neue Akzente setzen.

Demokratisierung reimt auch auf Dezentralisierung. Kultur muss nahe am Bürger sein und deshalb sollten regionale Kulturzentren konsequent unterstützt werden. Das Cube 521 in der Gemeinde Clerf zeigt beispielsweise, wie wichtig kulturelle Zentren für die Entwicklung im ländlichen Raum sind, auch und gerade, was ihre Arbeit sowohl mit älteren Menschen als auch mit

Kindern anbelangt. Die „Assises de la culture“ sollen allen Kulturschaffenden die Gelegenheit geben, ihre Wünsche und Vorstellungen sowie die Stärken und Schwächen der einheimischen Kulturszene zu erörtern. Nur so lässt sich ein Kulturentwicklungsplan, der diesen Namen verdient, aufstellen. Nur so können klare Perspektiven und Prioritäten für die kommenden Jahre identifiziert werden.

Neue Chancen für die Denkmalpflege

Herausforderungen gibt es in Hülle und Fülle. Zu ihnen gehört auch ein verbesserter Denkmalschutz. Hier soll nicht bloß eine neue Verwaltung entstehen. Ein neues Gesetz muss der Denkmalpflege einen neuen Stellenwert einräumen sowie Ziele, Prozesse, Kriterien und Begriffe im Bereich des Schutzes von Baukultur neu definieren. Dass es hier Nachholbedarf gibt, auch in Sachen Denkmaltopografien, steht außer Frage, denn in Luxemburg sind nur 0,7 Prozent aller Gebäude denkmalgeschützt. In Deutschland sind es immerhin über drei Prozent. Im Gegensatz zu anderen Politikbereichen ist Denkmalschutz kaum eine nationale, sondern vielmehr eine kommunale Angelegenheit, was zu erklären scheint, weshalb Luxemburg „seinem baulichen Erbe keinen besonderen Stellenwert einräumt.“⁴

Unsere Baukultur ist aber ein Teil unserer Landesidentität. Ohne Denkmäler und geschützte Altbauten gäbe es keinen Tourismus. Ohne eigene Architekturkultur wäre unser Land um ein Vielfaches ärmer.

In Sachen Denkmalschutz sind auch pädagogische Akzente erforderlich, damit die jüngeren Generationen den Wert und den Sinn historischer Bauten erkennen. Ich denke, dass diese Erkenntnisse auch zu den Schlussfolgerungen der „Assises du patrimoine“ gehören sollte.

Ausdrücke wie „Image Building“ oder „Nation Branding“ wären ohne unsere Kultur leere Worthülsen. Die neue Ausrichtung unserer Standortpolitik kann nicht ohne die Einbindung unserer kulturellen Trümpfe und Akteure geschehen. Auch sie sind Garanten für eine nachhaltige und weit-sichtige Wirtschaftspolitik.

¹ Cf. www.granderegion.net/de

² 2013 investierte die öffentliche Hand über 360 Mio. Euro in die Kultur (0,8 Prozent des BIP). Glaubt man der Handelskammer, so arbeiten über 2 000 Firmen im kulturellen Bereich, davon 62 Prozent ausschließlich. Die private Kulturbranche beschäftigt derzeit rund 8 500 Personen und schafft einen Mehrwert von um die 400 Mio. EUR.

³ Im Manifest für einen Kulturpakt, der 2008 von Kulturschaffenden im Rahmen des Forum Culture(s) unterzeichnet wurde, konnte man lesen, dass fast ein Zehntel der Bevölkerung nicht alphabetisiert ist. 2006 gab es fast 20 Prozent der Kinder zu, noch nie ein Buch aus reiner Freude gelesen zu haben (PIRLS-Studie). Das CEPS bestätigte 2014, dass die Partizipation am kulturellen Leben hierzulande nicht multikulturell ist und dass es vornehmlich Menschen mit einem höheren Bildungsgrad sind, die sich kulturell interessieren und beteiligen. Hier besteht sicherlich Handlungsbedarf, damit sich die Teilnahme aller gesellschaftlichen Schichten verbessert. Ein Weg zu diesem Ziel führt ohne Zweifel über die Schule.

⁴ Jochen Zenthöfer, „Regierungsumbildung ein Jahr vor den Nationalwahlen“ – Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. zu Luxemburg, Mai 2013, Seite 3.

* Der Autor ist Abgeordneter der DP und Vorsitzender der Kulturkommission des Parlamentes.

Karrieresackgasse für den wissenschaftlichen Nachwuchs in Luxemburg

Das Luxemburgische Arbeitsgesetz begrenzt die Entfaltung der Wissensgesellschaft

VON CHRISTIANE KIRSCH UND LUKAS GRAF*

Die maximale Dauer der Erwerbstätigkeit auf befristeten Verträgen ist für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf fünf Jahre beschränkt (Code du Travail, Art. L. 122-5, §3). Allerdings werden die Nachwuchsforscher dadurch nicht vor instabilen Arbeitsbedingungen geschützt. Im Gegenteil, es ist in vielen Fällen eben diese Beschränkung, welche deren prekären Berufsperspektiven bedingt. Erst nach einer „Ausschlusszeit“, die sich auf ein Drittel der gesamten bisherigen Arbeitszeit an der jeweiligen Forschungseinrichtung beläuft (Code du Travail, Art. L. 122-7), können sie von Ihrem Arbeitgeber wieder für die nächste Qualifikationsphase beschäftigt werden.

Aus diesem Grund sehen sich viele junge Forscherinnen und Forscher gezwungen, ihre akademische Karriere aufzugeben oder im Ausland fortzusetzen. Dieser ständige Abgang von hochqualifizierten Fachkräften kommt dem luxemburgischen Staat teuer zu stehen. Die massive personelle Abwanderung behindert nicht zuletzt die Entwicklung der noch jungen Universität und damit auch den Aufbau einer nachhaltigen Wissensökonomie in Luxemburg. Ein neues Forscherstatut würde die Situation massiv verbessern.

Die 5-Jahresregel in Luxemburg

Nach einer maximalen Erwerbstätigkeit von fünf Jahren muss der Großteil der jungen Forscherinnen und Forscher das Land verlassen, um weiter eine wissenschaftliche Karriere verfolgen zu können. Eine unbefristete Beschäftigung oder ein Wechsel zwischen Luxemburger Forschungsinstitutionen wird nur in Ausnahmefällen ermöglicht. Folglich ist ein Großteil der staatlichen Investitionen in die Ausbildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht nachhaltig, da diese ihre erworbenen Fähigkeiten und Forschungserkenntnisse



Die akademische Laufbahn ist mit Hürden übersät. (FOTO: SHUTTERSTOCK)

„Nach einer maximalen Erwerbstätigkeit von fünf Jahren muss der Großteil der jungen Forscherinnen und Forscher das Land verlassen, um weiter eine wissenschaftliche Karriere verfolgen zu können“.

nicht längerfristig im Großherzogtum einbringen können.

Interessanterweise handelt es sich bei der 5-Jahresregel bereits um eine Ausnahme. In anderen Fällen ist die Erwerbstätigkeit auf befristeten Verträgen auf zwei Jahre begrenzt. Diese Ausnahme reicht allerdings nicht aus, um dem speziellen Karriereverlauf in der Wissenschaft gerecht zu werden, welcher sich durch einen komplexen, langen und äusserst kompetitiven Qualifikationsprozess – etwa über eine Doktoratsstelle und zwei Postdoktoratstellen hin zur Professur – auszeichnet.

Konkret müssen zwei Herausforderungen gemeistert werden, um den

langen und schwierigen Weg hin zu einer entfristeten Forschungsstelle oder Professur zu ermöglichen: Erstens muss sichergestellt werden, dass Professorinnen und Professoren ihre talentiertesten Promovierenden für Nachfolgeprojekte rekrutieren können. Zweitens sollten Postdoktoranden die Möglichkeit erhalten, drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte durchführen oder fertigstellen zu können, auch wenn deren Laufzeit über die besagten fünf Jahre hinausgeht. Beides ist im Moment nicht möglich, was im Umkehrschluss einen massiven Brain Drain für die luxemburgische Wissenschaftslandschaft bedeutet.

Ein neues Wissenschaftlerstatut für Luxemburg

Luxemburg benötigt dringend eine offene Debatte über eine Reform der jetzigen 5-Jahresregel, da diese Regel einem massiven Engpass für die Nachhaltigkeit und Qualität der luxemburgischen Wissenschaft bedeutet. Eine Reform ist zwingend notwendig, um dem akademischen Nachwuchs eine

Perspektive in Luxemburg zu bieten und damit das innovative Potential der lokalen Forschungsinstitutionen für die luxemburgische Wissensgesellschaft zu sichern. Ein neu definiertes Forscherstatut muss dabei den Spezifika der wissenschaftlichen Karriereaufbahn gerecht werden.

Es würde den Promovierenden wie auch den Postdoktoranden verlässlichere Karriereperspektiven anbieten und den heimischen Forschungseinrichtungen erlauben, die besten Talente für Luxemburg zu sichern. Die Diskussion bezüglich dieses Statuts kann sich dabei an den positiven Erfahrungen anderer Länder orientieren.

Weiterführende Literatur: Precarious Perspectives for Young Researchers: Luxembourg's Labor Law Restricts Development of Knowledge Society. Open Access: http://www.forum.lu/pdf/article/8017_347_Graf_Kirsch.pdf

* Christiane Kirsch und Lukas Graf forschen an der Universität Luxemburg.

Was Griechenland jetzt braucht

VON GERD HÖHLER*

Der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras befindet sich auf dem schwierigen Weg in die Realität. Er muss Schritt für Schritt einsehen, dass seine Wünsche eine Sache sind, die europäische Wirklichkeit aber eine ganz andere. Das zeigte sich am Donnerstag beim Treffen des griechischen Finanzministers Varoufakis mit Wolfgang Schäuble in Berlin ebenso wie bei der Entscheidung der Europäischen Zentralbank, griechische Staatsanleihen in Kürze nicht mehr als Sicherheiten zu akzeptieren. Damit erhöht die EZB den Druck auf die griechische Regierung. Tsipras muss erkennen: Er hat keine Zeit und kein Geld.

Das ist kein leichter Lernprozess für einen noch unerfahrenen Politiker, der im Wahlkampf viele unerfüllbare Ver-

sprechungen gemacht hat. Aber nicht nur der Populist Tsipras muss sich einem Faktencheck stellen. Auch Griechenlands EU-Partner können eine simple Wahrheit nicht länger leugnen. Sie lautet: Die bisherigen Rettungskonzepte für Griechenland haben versagt.

Die Hilfskredite haben das Land zwar vor dem Staatsbankrott bewahrt, aber sie ließen den Schuldenberg immer weiter anwachsen. Als Bedingung für die Darlehen verordneten die Zentralbank, griechische Staatsanleihen in Kürze nicht mehr als Sicherheiten zu akzeptieren. Damit erhöht die EZB den Druck auf die griechische Regierung. Tsipras muss erkennen: Er hat keine Zeit und kein Geld. Das ist kein leichter Lernprozess für einen noch unerfahrenen Politiker, der im Wahlkampf viele unerfüllbare Ver-

Wirtschaftskraft wurde ausradiert. Die Arbeitslosenquote liegt bei 25 Prozent. Unter den Jugendlichen findet jeder zweite Arbeitssuchende keine Stelle.

Dass die Mehrheit der Griechen diese Rosskur überhaupt so lange ertragen hat, ist ein Wunder. Erst nachdem im vergangenen Herbst die Gläubiger-Troika immer neue Sparforderungen nachschob, entlud sich bei der Januar-Wahl die Wut der Menschen. Dass die radikal-linke Syriza die Wahl gewann, mag für viele in Europa unbequem sein. Was der EU wirklich Sorge machen sollte: Die Neonazi-Partei Goldene Morgenröte wurde zur drittstärksten politischen Kraft. Das ist ein Alarm-signal.

* Der Autor ist Griechenland-Korrespondent des „Luxemburger Wort“.